

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 978.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26, Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,50 M. einchl. Trägerlohn in Berlin u. Orten in ein. Zustellg. Postbezug auschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sch. Millimeterzelle 35 Pf.; die 8sch. Zentimeterzelle 2,50 M. Arbeiterkonti. u. Familienkonti.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

## Severing verbietet die SA. nicht! / siehe im Blatt

# Belagerungszustand!

Hindenburg verbietet vom 20. März bis 3. April alle Versammlungen und Demonstrationen — Auch jegliche Verbreitung von Flugblättern, Plakaten und Broschüren ist verboten! — Verschärfung der Zensur — Das sind Balkanwahlen!

## SPD. und Nazis für den Belagerungszustand!

Gestern abend hat Hindenburg eine Notverordnung erlassen, durch die vom 20. März bis zum 3. April, mittags 12 Uhr, sämtliche öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen sowie alle politischen Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten werden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten. Nicht genug damit, hat die Regierung die Zensurvorschriften verschärft und sie nunmehr auf die Flugblätter politischen Inhalts ausgedehnt, „die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden“.

Die SPD. und Naziführer haben bereits klipp und klar für den Bürgerkriegsbeschluss Hindenburgs Stellung genommen. Als die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag einen Antrag einbrachte, der die Preussenregierung verpflichtet, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß der zweiwöchige Belagerungszustand nicht erlassen werden soll, weil durch ihn die Agitation zu den bevorstehenden Präsidents- und Reichswahlen behindert wird — da stimmten mit allen anderen Parteien auch die Sozialdemokraten und die Nazis den kommunistischen Antrag nieder.

Es heißt in der offiziellen Meldung über die Notverordnung, daß sie „auf Anregung der evangelischen und katholischen Kirche“ erlassen wurde, damit „für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll“. Es ist daselbe wie zu Weihnachten. Da im ausgehungerten Volk sich keine Feiertagsstimmung bemerkbar machen will, so erzwingt man sie mit Gewalt. Bürgerfrieden wird proklamiert.

Sprechen wir offen aus, was damit bewirkt werden soll: Es darf 14 Tage lang nicht mehr über die Untaten der herrschenden Klasse am Proletariat gesprochen werden. Die arbeitende Bevölkerung soll nicht gegen die Mordtaten des Hakenkreuzes in der Mobilisierung, die Betriebsarbeiterschaft nicht gegen den neuen drohenden Lohnabbau alarmiert werden.

Bürgerfrieden — das kennen wir seit 1914. Damals wurde unter seinem Schutz der imperialistische Massenmord durchgeführt. Vor einem Vierteljahr wurde Bürgerfrieden zwangsverordnet, um die Organisation der proletarischen Abwehr gegen den Lohnabbau zu verhindern. Heute wird der Bürgerfrieden verhängt, um Wahlen durchzuführen, wie man sie nur auf dem Balkan kennt.

Bürgerfrieden bis zum 3. April! Das bedeutet: Der Balkankampf wird unterbunden. Die Kommunisten, die mehr als alle anderen Parteien darauf angewiesen sind, sich durch Versammlungen, durch Flugblätter an die Massen des Proletariats zu wenden, werden dieses Recht beraubt, während tausende bürgerlich-sozialdemokratische Zeitungen offen für die Kandidaten der Bourgeoisie Reklame machen dürfen.

Mehr noch! Hinter dem Rebel der Feiertagsphantasie organisieren die Unternehmer, an der Spitze die Bauhöfen, ihren neuen Lohnangriff. Und während die kapitalistische Presse amtliche, halbamtliche und private Arbeitsbeschaffungsprogramme wiedergibt, werden gerade jetzt in diesen Tagen zehntausende Arbeiter von neuem entlassen.

Dieser Osterburgfrieden wird vom arbeitenden Volk als eine neue Kriegsmassnahme der Bourgeoisie gegen das Proletariat betrachtet, als ein Kriegssakt vor allem auch der SPD. und Naziführer. So heisst man die Arbeiterkassen, so nimmt man ihr selbst die bestmöglichen Wahlpropagandamöglichkeiten innerhalb des Kapitalismus!

Angesichts dieser Unterdrückung gebietet es die revolutionäre Ehre und Pflicht, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Werktätigen mit höchster Weckkraft für die kommunistische Partei und den roten Arbeiterkandidaten Thälmann eintreten. Von Mund zu Mund tragt die Lösung in Betrieb und Stempelstelle und in die Kisten der Armen:

Alles für die Wahl des roten Präsidentschaftskandidaten!

Keine Minute Stillstand! Alles in Reich und Glied!

Am 10. April für Thälmann! Und am 24. April Landtagswahl gegen Braun-Severing!

## Aus dem Inhalt:

Massenstreik in Polen

Luftschutzübung an der Ostsee

SPD. gegen Arbeitsbeschaffung

## Das war die Diktatur des Proletariats!

„Der Kampf in Paris ist nur ein kleines Vorpostengefecht, und die wenige Jahrzehnte ins Land gegangenen sind, wird der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Kälänen, Friede den Hütten. Tod der Rot und dem Müßiggang, der Schlachtruf des europäischen Proletariats sein!“

(Bebel am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag.)

Das Vorpostengefecht, von dem August Bebel im Reichstag sprach, ist die Pariser Kommune, die heute vor 61 Jahren errichtet wurde und 72 Tage lang inmitten der Kaiser- und Königsreiche Europas als eine Regierung der Arbeiterklasse bestand. Zum erstenmal nahm die Arbeiterklasse in einer Hauptstadt Europas die Macht in ihre Hände, führte die allgemeine Volkswaffenbewaffnung durch, trennte Kirche und Staat und rief alle Ausgaben für die Waffen, dekretierte die Wiederinbetriebnahme aller von den Kapitalisten stillgelegten Fabriken durch Arbeitergenossenschaften und unterrichtete den proletarischen Charakter der neuen Regierung durch die Verfügung, daß die Gehälter aller Verwaltungs- und Regierungsbeamten den Durchschnitts-Arbeitslohn nicht überschreiten dürfen.

72 Tage flatterte über Paris das rote Regierungsbanner. 72 Tage herrschte die junge Arbeiterklasse. Sie mußte unterliegen, denn sie hatte keine führende Partei. Die Klasse, die die Kommune trug, war noch zu jung, um eine Partei entwickeln zu können, die durch Kämpfe und Erfahrungen geformt, die Erhaltung der proletarischen Regierung hätte durchsetzen können. Es fehlte — eine wichtige Mahnung für die Proletarier des Deutschland von 1932 — die volle Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Klasse des Kleinbauern und damit das flache Land in die revolutionäre Bewegung mit einzubeziehen.

Es gebrauch den Proletariern von Paris gewiß nicht an himmelstürmendem Mut. Was ihnen fehlte, war die Rücksichtslosigkeit gegen den Klassenfeind; sie besaßen noch zu viel Großmut. Sie hätten in Versailles das Zentrum der weißen Konterrevolution vernichten können. Statt dessen suchten sie mit moralischen Ermahnungen zu überzeugen, wo nur das Argument der Waffe am Platz war. So konnte die Reaktion alle Kräfte sammeln und mit Bismarcks freundlicher Unterstützung den Verdrängungsstich gegen die proletarische Herrschaft führen.

Eine Woche lang tobte die furchtbare Schlacht. Eine Woche lang, vom 21. bis 28. Mai, verteidigten die Arbeiter von Paris auf den Barrikaden die Kommune. Eine Woche lang machten sie dem übermächtigen Feind jeden Fußbreit Boden streitig, und noch im Sterben umkrampften ihre Hände die rote Fahne, küßten die erkaltenden Lippen: „Vive la Commune!“ — Es lebe die Kommune!

Zu den letzten Zeiten, die er vor seiner Ermordung schrieb, lehrte uns Karl Liebknecht, daß es Niederlagen gibt, die Siege sind. Ein solcher Sieg war der Fall der Pariser Kommune. Der Heroismus der Kommunekämpfer bestiegelte und befodert heute noch die Arbeiter und die proletarische Jugend aller Länder, die 72 Tage der Existenz der ersten proletarischen Herrschaft in Europa vermittelte der Arbeiterbewegung aller Länder die bedeutendsten Erfahrungen, aus ihnen Lehren lernen proletarische Generationen. Ohne die Pariser Kommune

# Japanische Truppen an der Sowjetgrenze

## Aufstände gegen den neuen Mandchurei-Staat

Mukden, 17. März. In einer Reihe von Grenzorten der mandchurisch-sibirischen Grenze sind bereits reguläre japanische Truppenteile gegen die chinesischen Aufständischen eingesetzt worden. Die Operationen werden vom Obersten Chef des japanischen Generalstabs Honjo und dem Chinesengeneral Ma geleitet, der von Japan zum Kriegsminister des neuen Mandchurei-Staates ernannt wurde. In Mandchurien, der Grenzstation der Ostsibabahn, sollen sich mehrere tausend chinesische Soldaten im Aufstand befinden. Im ganzen Gebiet toben erbitterte Kämpfe. Von Chabin aus werden immer neue Transporte von japanischen Regimentern und weißgardistischen Bänden an die Sowjetgrenzen organisiert. Im ganzen Grenzgebiet wurde durch die japanischen Militärbehörden der Ausnahmezustand verhängt.

Japan spielt mit dem Feuer.

Seine dunklen Pläne auf Losreißung Madwostols und des fernöstlichen Sowjetgebietes bis zum Baltisee von der Sowjetunion sind durch die Veröffentlichung des Tana-kawememo-

randums und die Enthüllungen der „Zwestija“ aus Dokumenten japanischer Militärkreise an das Licht der Öffentlichkeit gezogen.

Die Konzentration von immer neuen Truppenkontingenten an der Sowjetgrenze, das Eingreifen der Japaner in Kämpfen an den mandchurisch-sibirischen Grenzstationen sind Anzeichen, daß Japan jene dunklen Ziele weiter verfolgt. Augenscheinlich plant Japan, durch Grenzverletzungen, Verfolgung Flüchtiger auf Sowjetgebiet usw. einen faktischen Kriegszustand an den Sowjetgrenzen zu schaffen, ohne daß es der Sowjetunion den Krieg erklärt.

Das Weltproletariat hat in diesen Tagen höchste Gefahr für das sozialistische Vaterland eine große Aufgabe zu vollbringen. Es liegt in seiner Hand, ob den imperialistischen Kriegsverbrechern das Handwerk gelegt wird oder ob der Weltbrand sich entzündet.

Jeder Handschlag bei der Herstellung und Verladung von Kriegsmaterial hilft den Imperialisten. Jede Massentaktion, jeder Streik gegen Munitionsherstellung, jeder Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher hält den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion auf.